



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt.....	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	4
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	4
NEUES von unseren Landtagsabgeordneten	5
Anfrage der Landtagsabgeordneten Doreen Schwietzer zum Geschlechtereintrag	5
Gemeinderat Malschwitz.....	6
Asylbewerber unterstützen Bauhof - Gemeinderat folgt AfD-Antrag!	6
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	8
Druckausgabe Blaue Post Bautzen.....	9
Archiv Blauer Rundbrief	9
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	9
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag.....	9
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 3.5.2026	10
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.5.2026	12
Kommunalfreiheitsgesetz: Finanzielle Stärkung statt Herumdoktern an Symptomen.....	12
AfD-Anfrage: Verdopplung der Insolvenzen trotz »Kohlemilliarden«.....	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.5.2026	13
Nächster Porno-Skandal: Regierung muss alle Gender-Projekte sofort einstellen!.....	13
CDU will Widerspruchsoption bei Windrädern streichen: Nein zur Entmachtung der Bürger! .	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.5.2026	14
„Machtmissbrauch und politische Einflussnahme“: SPD-Ministerin Petra Köpping ist untragbar!.....	14



Taktische Spielchen von BSW, CDU und SPD helfen der Feuerwehr nicht weiter: AfD fordert Beschaffung sondergeschützter Fahrzeuge!	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.5.2026	16
Trotz angedrohter Bußgelder: 28 Prozent beantworten Wehrdienst-Fragebogen nicht – Warum wohl?.....	16
AfD-Gesetzentwurf: Investitionen in Krankenhäuser verdoppeln!	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.5.2026	17
Im Gegensatz zu Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern begünstigt Sachsen Windradwildwuchs!.....	17
Nordafrikanische Messermänner wegsperren und abschieben!.....	18
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	19
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	19
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	20
Merz-Energieprämie kommt nicht!	20
Vertrauensverlust bei Merz und der Regierung: Mehrheit der Deutschen fordert Neuwahlen!	20
Die CDU erpresst die Wähler!	21
Deutsches Kraftwerk verschenkt: Merz gefährdet Versorgungssicherheit!	22
CDU-Tankrabatt verpufft: Echte Entlastung nur mit uns!	22
Vollversorgung stoppen: Remigration statt Bürgergeld!.....	23
Rückführung jetzt – ohne Ausreden!.....	23
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt.....	24
Lianas Mörder freigesprochen – Mutter zeigt sich „schockiert“	24
Haben Sie Björn Höcke zu unkritisch befragt, Herr Berndt?	24
Saskia Esken verlangt Werbeboykott von „Ben ungeskriptet“	24
JF-Exklusiv: Jetzt antwortet „Ben ungeskriptet“ auf Saskia Eskens Boykottaufruf.....	24
AfD in Sachsen-Anhalt kurz vor absoluter Mehrheit: Ohne Brandmauer-Ende gehen die Optionen aus.....	24
Verzweiflungstat im Wahlkampf: CDU-Ministerpräsident Schulze warnt vor „Schulsterben“ nach einem AfD-Sieg	24
Video-Empfehlungen	25



DAS VIDEO DES JAHRES: Ich habe mich getraut, Björn Höcke einzuladen	25
Frei.Wild [INSIDE] - Folge 1 - Zwischen Recht und Realität, Burger & Ostermann im Klartext	25
Bärbel Bas: Es wandert niemand in unsere Sozialsysteme ein!.....	25
Informationskanäle der AfD.....	25
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	25
Radio Klartext	25
NIUS – Die Stimme der Mehrheit	25
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	25
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	26
Regionalgruppen im KV Bautzen	28
SPENDENKONTO	28
KONTAKT:.....	28

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt

Das Jahr 2026 wird in einigen Bundesländern ein spannendes Wahljahr.

Baden-Württemberg Anfang März war leider kein Vorbild. Richtungsweisend werden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (20.9.2026) und in Sachsen-Anhalt (6.9.2026).

Wir als Kreisverband Bautzen wollen vor allem den Wahlkampf im benachbarten Sachsen-Anhalt unterstützen. Wer Interesse hat, mal einen Tagesausflug mit uns zu machen und beim Verteilen von Flyern zu helfen, kann sich gerne bei uns melden.

Bei genügend Interesse werden wir einen Bus mieten und gemeinsam nach Sachsen-Anhalt fahren. Bitte geben Sie uns unter info@afdbautzen.de Bescheid, ob Sie Interesse haben und in welchem Zeitraum.

Auf der Webseite www.vision2026.de kann man sich auch selbst anmelden, wenn man z. B. einige Tage länger in Sachsen-Anhalt bleiben will.

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.

Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!



Termine:

21./22. Mai 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)

(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**

karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

NEUES von unseren Landtagsabgeordneten

Anfrage der Landtagsabgeordneten Doreen Schwietzer zum Geschlechtereintrag

Am 21. April erschien in „Die Zeit“ ein Artikel zu meiner parlamentarischen Anfrage Drucksache 8/6289. In meiner Anfrage ging es gezielt darum, wie viele Kinder und Jugendliche – insbesondere unter 14 Jahren – ihren Geschlechtseintrag geändert haben.



Der Artikel nennt dazu konkrete Zahlen: Die meisten Änderungen gab es in Leipzig mit 1.161 Fällen, gefolgt von Dresden mit 525 und Chemnitz mit 227. Die häufigste Änderung war der Wechsel von weiblich zu männlich (rund 38 %), gefolgt von männlich zu weiblich (knapp 24 %). Weitere Änderungen entfielen auf andere Kategorien. In ländlichen Regionen lagen die Zahlen deutlich niedriger.

Besonders relevant sind die Zahlen zu Minderjährigen: 331 Anträge betreffen Kinder und Jugendliche, davon 307 im Alter zwischen 14 und 17 Jahren sowie mindestens 24 Kinder unter 14 Jahren. Die tatsächliche Zahl dürfte höher sein, da nicht

alle Regionen diese Altersgruppe gesondert erfassen.

Genau hier liegen meine Bedenken.

Erkenntnisse aus Großbritannien zeigen, dass betroffene Kinder und Jugendliche häufig unter erheblichen psychischen Belastungen leiden – darunter Depressionen, Angststörungen, Selbstverletzungen und Suizidgedanken. Gleichzeitig wurde im Rahmen der sogenannten Cass-Überprüfung festgestellt, dass die wissenschaftliche Grundlage für medizinische Behandlungen bei Minderjährigen bislang begrenzt ist und langfristige Auswirkungen – auch bei Hormonbehandlungen – noch nicht abschließend geklärt sind.

Deshalb halte ich es für problematisch, dass junge Menschen in einer sensiblen Entwicklungsphase solche weitreichenden Entscheidungen selbst treffen können.

Aus meiner Sicht müssen Eltern dabei eine zentrale Rolle spielen. Kinder und Jugendliche brauchen Orientierung, Schutz, Aufklärung und verantwortungsvolle Begleitung.

Doreen Schwietzer, MdL
30. April 2026

🔗 Den vollständigen Artikel dazu findet ihr hier:

<https://www.zeit.de/news/2026-04/21/rund-2-900-sachsen-haben-geschlechtseintrag-aendern-lassen>

Gemeinderat Malschwitz

Asylbewerber unterstützen Bauhof - Gemeinderat folgt AfD-Antrag!

Dazu erklärt Fraktionsvorsitzender Steffen Lehmann:



„Die AfD-Fraktion hatte in der Gemeinderatssitzung am 28.04.2026, den Antrag gestellt, zwei Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz in der Gemeinde Malschwitz zu schaffen.

Der § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bietet bzw. verpflichtet Asylbewerber im laufenden Asylverfahren, Geduldeten und vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern die Möglichkeit, einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen.

Diese Möglichkeit kann zum Beispiel auch in Gemeinschaftsunterkünften zur Reduzierung des Aggressionspotenzials beitragen.

Deshalb wurde die Gemeindeverwaltung beauftragt, Arbeitsgelegenheiten im Bereich „Bauhof“ für erstmal zwei Asylbewerber, für sechs Monate, zur Probe zu schaffen. Bereits seit 20.04.2026 erhält der Bauhof in Malschwitz Unterstützung von zwei Asylbewerbern.

Für diese Tätigkeiten erhalten die Asylbewerber eine Aufwandsentschädigung von aktuell 80 Cent pro Stunde.

Die gezahlte Aufwandsentschädigung wird den Kommunen durch den Freistaat Sachsen erstattet.

Gestern wurde der Beschluss von unserer Fraktion in der Gemeinderatssitzung nachgeholt und einstimmig beschlossen!“

„Wer hier Leistungen erhält, sollte dafür auch etwas tun! – Eine Aufwandsentschädigung von 0 Cent pro Stunde wäre mir lieber.“, erklärt Lehmann weiter.



Steffen Lehmann, Fraktionsvorsitzender

29. April 2026

<https://afdsachsen.de/asylbewerber-unterstuetzen-bauhof-gemeinderat-folgt-afd-antrag/>



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Sa	09.05.2026	13.00-17.30 Uhr	Marienplatz 02826 Görlitz	WAHLKAMPFABSCHLUSS mit Familienfest mit Sebastian Wippel, Oberbürgermeisterkandidat Tino Chrupalla, Jörg Urban, Karsten Hilse, Gerald Grosz
Di	12.05.2026	18.00 Uhr	Bernsdorf, Ankerglasplatz	BÜRGERDIALOG des Bürgermeisterkandidaten Lutz Härtner Gast: Karsten Hilse, MdB
Mi	13.05.2026	18.30 Uhr	Dorfgemeinschaftshaus Wilschdorfer Str. 3 01477 Arnsdorf OT Fischbach	BLAUER STAMMTISCH mit den MdB's Matthias Rentzsch und Karsten Hilse sowie Kommunalpolitikern aus der Umgebung
Mi	20.05.2026	9.00 Uhr	Bernsdorf Wochenmarkt	BÜRGERDIALOG des Bürgermeisterkandidaten Lutz Härtner Gast: Jörg Urban, Landesvorsitzender
Mi	20.05.2026	18.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	STAMMTISCH mit Jörg Urban, MdL
Di	26.05.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	27.05.2026	9.00 Uhr	Bernsdorf Wochenmarkt	BÜRGERDIALOG des Bürgermeisterkandidaten Lutz Härtner Gäste: Timo Schreyer, MdL und Frank Peschel, Kreisverbandsvorsitzender
Mi	27.05.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	27.05.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Do	28.05.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	28.05.2026	19.00 Uhr	Havana Bar des Tomogara Ryu e.V. Bautzner Str. 122 01917 Kamenz	VERNETZUNGSTREFFEN der Regionalgruppe Kamenz
Sa	30.05.2026	9.30 Uhr (Treff)	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	RADTOUR durch das Lausitzer Seenland mit Doreen Schwietzer, MdL Anmeldung unter: teamschwietzer01@outlook.de oder jonas.pietschmann@afdbautzen.de

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:

www.afdbautzen.de



Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung. Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen: <https://afdsachsen.de/blau-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief: <https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:

CORONA
Untersuchungsausschuss

Alle Informationen unter:
corona-untersuchungsausschuss-sachsen.de

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 3.5.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

der deutsche Sozialstaat ist mit seinen Leistungen, die in alle Welt gehen, derart großzügig, dass er die eigenen Landsleute mehr und mehr vergisst.

Über 500 Millionen Euro an Kindergeld fließen jedes Jahr auf ausländische Konten. Osteuropäische Banden haben aus dieser Dummheit der deutschen Regierung ein regelrechtes Geschäftsmodell aufgebaut, denn Deutschland zahlt mangels funktionierender Kontrollen selbst für nicht existierende, frei erfundene Kinder. Von dem ergaunerten Geld bauen die Banden dann in Rumänien und Bulgarien ihre Luxus-Villen.

Nutznieser des deutschen Sozialstaates sind zudem viele in der Türkei lebende türkische Senioren, die sich von unseren Krankenkassen ihre medizinischen Behandlungen bezahlen lassen.

Das Argument der Regierung für diese absurde und unverschämte Regelung lautet, dass es für unsere Krankenkassen noch teurer wäre, wenn die türkischen Großfamilien über den Familiennachzug nach Deutschland einwandern würden. Die durchschnittlichen Behandlungskosten in der Bundesrepublik sind schließlich achtmal so hoch wie in der Türkei.

Seit 1964 gibt es deshalb das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen. Alle Familienangehörigen eines in Deutschland angestellten Türken, die in ihrer Heimat geblieben sind und dort nicht (!!!) arbeiten, erhalten über dieses Abkommen Unterstützung im Krankheitsfall. Zur Familie zählen dabei Ehepartner, Kinder und auch die Eltern.

Ähnliche Sozialversicherungsabkommen gibt es mit den Balkan-Staaten, mit Tunesien und Marokko. Für die Türkei und die Balkan-Staaten gelten sie zeitlich unbegrenzt. Das mit Tunesien geschlossene Abkommen begrenzt die Sozialleistungen wenigstens auf zwölf Monate. All das sind Ausnahmeregelungen, die sowohl von CDU- als auch SPD-Regierungen abgeschlossen wurden.

Der Normalfall für ausländische Arbeitnehmer in Deutschland sieht anders aus: Für Australier, Chilenen, Inder, Japaner, US-Amerikaner oder beispielsweise Kanadier sind nur die Rentenansprüche geregelt. Eine kostenlose Gesundheitsversicherung für Familienangehörige im Heimatland ist nicht vorgesehen. Wir haben es hier also mit einem Zweiklassensystem je nach Herkunft zu tun.

Während bei türkischstämmigen Arbeitnehmern in Deutschland also die gesamte Familie in der Heimat über die deutsche Krankenversicherung mitversorgt wird, will CDU-Gesundheitsministerin Nina Warke die Möglichkeit der Mitversicherung für Ehepartner nun ausgerechnet bei einheimischen deutschen Arbeitnehmern massiv einschränken. Das ist nicht nur familienfeindlich, das ist vor allem inländerfeindlich.





Es handelt sich dabei um kein Versehen der Regierung. Vielmehr hat diese Benachteiligung System: Obwohl Arbeitnehmer immer mehr für ihre Krankenkasse bezahlen müssen und nun zusätzlich auch noch eine „Zuckersteuer“ erfunden wurde, sollen die Kassen-Zuschüsse für Zahnersatz um zehn Prozent sinken.

Das heißt: In Zukunft müssen Kassenpatienten beim Zahnersatz in etwa die Hälfte der Kosten aus der eigenen Tasche begleichen, während arbeitsunwillige und ausreisepflichtige Migranten weiter komplett zuzahlungsfreien Zahnersatz erhalten.

Selbst künstliche Befruchtungen, die pro Behandlung zwischen 3.000 und 4.000 Euro verschlingen, sind für Asylbewerber auf Kosten der deutschen Steuerzahler möglich.

Wenn sich angesichts dieser Tatsachen die CDU-geführte Regierung hinstellt und sagt „Alle müssen ihren Beitrag leisten“, dann ist das eine Verhöhnung der fleißigen eigenen Bürger.

Für Steuern und Sozialabgaben müssen unsere Arbeitnehmer die Hälfte ihres Einkommens abgeben. Zwar wird ständig angekündigt, die Mittelschicht entlasten zu wollen. De facto geschieht mit der neuen Gesundheitsreform jedoch genau das Gegenteil.

Die finanziellen Belastungen wachsen ins Unermessliche, während die Leistungen für deutsche Arbeitnehmer extrem ausgedünnt werden. Das gilt für die medizinische Versorgung. Es gilt für die Rente und es gilt auch für den Fall unverschuldeter Arbeitslosigkeit in Folge der von der Regierung verursachten Wirtschaftskrise.

Die Lösungen für die Rettung unseres Sozialstaates liegen auf der Hand: Den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt, kann man Kindergeldzahlungen ins Ausland einstellen.

Man kann absurde Sozialversicherungsabkommen mit Ländern wie der Türkei und Tunesien kündigen. Und man kann selbstverständlich auch die Sozialleistungen für Migranten auf das europäische Minimum senken, damit Deutschland diese Menschen nicht länger magnetisch anzieht.

Die AfD spricht sich genau dafür aus und ist deshalb die einzige Partei, die den deutschen Sozialstaat retten will und kann!

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/arztbesuch-in-der-tuerkei-auf-deutsche-kosten/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.5.2026

Kommunalfreiheitsgesetz: Finanzielle Stärkung statt Herumdoktern an Symptomen

CDU-Innenminister Armin Schuster hat am 4. Mai ein „Kommunalfreiheitsgesetz“ vorgestellt.

Doppelt so viel Geld

für
**unsere
Gemeinden!**



Von oben
verordnete Armut



Dazu erklärt der regionalpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Thomas Thumm:

„Statt die schwerwiegenden Probleme der Kreise, Städte und Gemeinden zu lösen, begnügt sich die CDU mit dem Herumdoktern an Symptomen.“

Das Gesetzesvorhaben, das schon vor einer halben Ewigkeit großspurig angekündigt wurde, hält nicht, was der Name verspricht. Freiheit für unsere Kommunen müsste zum Beispiel bedeuten, die Pflicht zur Bestellung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter abzuschaffen. Die AfD hat dazu bereits einen Gesetzentwurf vorgelegt (Drs. 8/5400).

Zudem sind unsere Gemeinden leider frei von Geld. Die AfD hat deshalb den Antrag gestellt ([Drs. 8/6571](#)), den Umsatzsteueranteil zu erhöhen. 2020 erhielten unsere Gemeinden immerhin 4,12 Prozent der Einnahmen aus der Umsatzsteuer. Rund 53 Prozent gingen an das Land und 43 Prozent an den Bund.

Dieser Wert ist inzwischen auf 2,8 Prozent gesunken (Drs. 8/1738). Um alle ihre Aufgaben erledigen zu können und Spielraum für Investitionen zu haben, müssten unsere Gemeinden doppelt so viel erhalten. Dafür setzen wir uns ein.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/kommunalfreiheitsgesetz-finanzielle-staerkung-statt-herumdoktern-an-symptomen/>

AfD-Anfrage: Verdopplung der Insolvenzen trotz »Kohlemilliarden«

Im Landkreis Bautzen gab es 2025 insgesamt 53 Insolvenzen. 460 Mitarbeiter waren davon direkt betroffen.

Zum Vergleich: 2021 wurden lediglich 23 Insolvenzverfahren eröffnet. In diesen Unternehmen arbeiteten 50 Beschäftigte. Im Jahr 2023 waren 740 Arbeitnehmer in insolventen Betrieben beschäftigt.

Die Daten erfragte der AfD-Abgeordnete Timo Schreyer ([Drs. 8/6594](#)). Er erklärt dazu:

„Der überstürzte Kohleausstieg ist eine große und unnötige Belastung für die Lausitz. Die Versprechungen von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer, mit den zehn Milliarden Euro für den Strukturwandel werde die Wirtschaft angekurbelt, haben sich inzwischen auch als eine fehlerhafte Einschätzung erwiesen.“



Bisher konnten mit den Kohlemilliarden nur 29 wertschöpfende Arbeitsplätze geschaffen werden ([Drs. 8/4997](#)), während immer mehr Unternehmen Insolvenz anmelden müssen. Das zeigt: Die [Wirtschaftspolitik](#) der Regierung ist miserabel.

Die AfD fordert eine Neuausrichtung des Strukturwandels. Statt Milliarden an Steuergeld in Klimaprojekten, neuen Campingplätzen und Kreativwerkstätten zu versenken, muss es einen klaren Fokus auf den Erhalt bestehender Arbeitsplätze und die Unterstützung neuer wertschöpfender Unternehmen in Industrie und Handwerk geben.

Zudem muss die Infrastruktur der Region dringend ausgebaut werden. Das betrifft vor allem die Autobahn A4 von Görlitz bis Dresden. Zur Erinnerung: Polen beginnt mit dem Autobahnausbau von Görlitz bis Breslau schon im nächsten Jahr. Deutschland hinkt einmal mehr hinterher.“
<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-verdopplung-der-insolvenzen-trotz-kohlemilliarden/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.5.2026

Nächster Porno-Skandal: Regierung muss alle Gender-Projekte sofort einstellen!

Die „Achse des Guten“ hat den nächsten Porno-Skandal in Sachsen enthüllt: An der Oberschule Innenstadt Görlitz wurde zwölfjährigen Schülern ein „psycho-semipornographischer“ Dokumentarfilm gezeigt.



Der Film, der um Pädophilie kreist, ist in seiner Komplettfassung erst ab 16 freigegeben (FSK). Das Landesamt für [Schule](#) und [Bildung](#) (LaSuB) bestätigte den Vorfall.

Darüber hinaus wurden den siebten Klassen von einem Sozialarbeiter Anleitungen zum Analverkehr ausgegeben. Laut der „Achse des Guten“ könnte es sich um Kindeswohlgefährdung handeln sowie den Tatbestand der „Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger“ (§ 180 StGB) erfüllen.

Die sächsische AfD-Fraktion hat bereits nach dem Skandal in Schleife den Antrag gestellt ([Drs. 8/6792](#)), „alle Projekte außerschulischer Partner sofort einzustellen“ und ein Genehmigungsverfahren für derartige Projekte aufzubauen.

Dazu erklärt der AfD-Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel, den diesbezüglich Elternbeschwerden erreichten:

„Was an den Schulen in Schleife und Görlitz geschehen ist, empfinde ich als ekelhaft. Die dortigen Schulleiter hätten diese Projekte nie erlauben dürfen.“

Die sächsische Regierung von Michael Kretschmer (CDU) hat ebenfalls auf ganzer Linie versagt, weil es keinerlei Kontrollmechanismen gibt. Weder das CDU-geführte Kultusministerium noch das Landesamt für [Schule](#) und [Bildung](#) prüfen, welche Projekte von externen Anbietern an unseren Schulen stattfinden.

Wir fordern einen sofortigen Stopp dieser Projekte. Gerade im sensiblen Bereich der Sexualerziehung müssen die [Eltern](#) zudem die Möglichkeit erhalten, die Teilnahme ihrer Kinder an



solchen Projekten zu verweigern. Ergänzend zu unserem Antrag wollen wir das Schulgesetz dahingehend präzisieren.

Bei den Fällen in Schleife und Görlitz habe ich jedoch auch große Zweifel, ob das aktuelle Schulgesetz (§ 36) überhaupt eingehalten wurde. Das Kultusministerium muss das schnellstens aufklären.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/naechster-porno-skandal-regierung-muss-alle-gender-projekte-sofort-einstellen/>

CDU will Widerspruchsoption bei Windrädern streichen: Nein zur Entmachtung der Bürger!

Zum angeblichen Bürokratie-Abbau und zur Entlastung der Verwaltung ist die sächsische CDU-Justizministerin Constanze Geiert auf eine ganz „glorreiche“ Idee (Achtung: Ironie!) gekommen.

Sie will, dass die Bürger in Zukunft keinen Widerspruch mehr gegen neue Windräder einlegen können. Als abschreckende Maßnahme sollen die Bürger gleich vor Gericht ziehen müssen. Das Kostenrisiko ist dann enorm.

Die CDU versucht also wirklich mit allen Mitteln, Windräder gegen den Willen der Bürger durchzudrücken. Widerspruchsverfahren? Werden abgeschafft. Ablehnung von [Windrädern](#) in den Kreistagen? Übergeht die CDU einfach ...

Wir sagen: Ausbaustopp statt Ausbaupflicht! Windräder verschandeln unsere Landschaften und machen unsere [Energieversorgung](#) noch teurer! Deshalb fordert die AfD: [Kernkraft](#) statt [Windkraft](#)!



Nach unserem demokratischen Selbstverständnis muss es zudem für Kommunen und Bürger möglich sein, neue Windräder abzulehnen, auch wenn diese Mitbestimmung den CDU-Regierungen aus Dresden und Berlin nicht schmeckt.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/cdu-will-widerspruchsoption-bei-windraedern-streichen-nein-zur-entmachtung-der-buerger/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.5.2026

„Machtmissbrauch und politische Einflussnahme“: SPD-Ministerin Petra Köpping ist untragbar!

Der „Cicero“ wirft SPD-Sozialministerin Petra [Köpping](#) „Machtmissbrauch und politische Einflussnahme“ vor.

Hintergrund ist die mutmaßliche „Zweckentfremdung staatlicher Fördermittel“ durch den Landesfrauenrat „sowie eine intensive Zusammenarbeit mit linksextremistischen Gruppierungen“ durch diese Organisation.

Unter anderem soll der Landesfrauenrat Sachsen ein staatlich gefördertes **Wirtschafts**projekt „nie umgesetzt“ haben. Die Gelder sollten stattdessen dafür eingesetzt werden, um für „die Legalisierung von Abtreibung bis zum neunten Monat in Polen“ zu werben, führt der „Cicero“ aus. Schlussendlich habe der Verein das Geld jedoch für „Personalkosten“ ausgegeben.



Laut „Cicero“ bekannte sich SPD-Sozialministerin Petra Köpping trotz der schwerwiegenden Vorwürfe am 26. Januar 2026 in einem Telefonat mit dem Vereinsvorstand zum Landesfrauenrat. Dem „Cicero“ liegen anscheinend zahlreiche Dokumente vor, die den „engen Kontakt zum Ministerium“ belegen. Das Ministerium hatte sich dennoch auf „Cicero“-Anfrage unwissend gestellt.

Dem Vorstand des Landesfrauenrates gehören unter anderem an: Lucie Hammecke, eine ehemalige Landtagsabgeordnete der Grünen, Sophie Koch (MdL, SPD) und Daniela Kolbe, eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der SPD.

Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Es wäre die Aufgabe von SPD-Ministerin Petra Köpping gewesen, die mögliche Zweckentfremdung staatlicher Fördermittel aufzuklären und dem Verein gegebenenfalls diese Mittel zu entziehen.

Geschehen ist anscheinend jedoch das glatte Gegenteil: Statt sich als Ministerin parteipolitisch neutral zu verhalten, unterstützte Petra Köpping – den Cicero-Recherchen zufolge – den Missbrauch von Steuergeldern, der von ihren Parteifreundinnen organisiert wurde.

Sollten sich diese schwerwiegenden Vorwürfe bestätigen, kann CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer keinen Tag länger an SPD-Ministerin Köpping festhalten.

Nach dem Auffliegen des Asyl-Fördersumpfs, zu dem die AfD einen U-Ausschuss durchgesetzt hatte, ging es im SPD-Sozialministerium allem Anschein nach weiter wie vorher. Das ist ungeheuerlich!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/machtmissbrauch-und-politische-einflussnahme-spd-ministerin-petra-koeppling-ist-untragbar/>

Taktische Spielchen von BSW, CDU und SPD helfen der Feuerwehr nicht weiter: AfD fordert Beschaffung sondergeschützter Fahrzeuge!

Die Fraktionen von BSW, CDU und SPD bringen im nächsten Plenum einen Antrag ein (Drs. 8/6793), der ein „**risiko**“basiertes Maßnahmenkonzept für den Umgang mit kampfmittelbelasteten Waldflächen“ zum Ziel hat. Dieses Papier soll bis Ende des Jahres erarbeitet werden.

Die AfD-Fraktion hat indes einen weiterreichenden und konkreteren Antrag ([Drs. 8/6348](#)) vorgelegt, der die Regierung dazu auffordert, zwei sondergeschützte Großtanklöschfahrzeuge zu beschaffen. Bis diese Fahrzeuge verfügbar sind, sollte es eine Kooperation mit Tschechien geben.

Dazu erklärt Lars Kuppi, Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz:

„Statt immer nur neues Papier mit klugen Ratschlägen zu bedrucken, muss die Regierung schnell handeln. Das heißt: Schafft endlich zwei sondergeschützte Großtanklöschfahrzeuge für die Feuerwehr an!

Was BSW, CDU und SPD vorgelegt haben, ist leider nur Symbolpolitik und verursacht weitere Bürokratie. Das Ziel der Minderheitsregierung ist es dabei offensichtlich, dem BSW zu einem kleinen Achtungserfolg zu verhelfen, um dann in den Haushaltsverhandlungen auf das BSW als Mehrheitsbeschaffer zurückgreifen zu können.



Diese taktischen Spielchen helfen aber der Feuerwehr in keiner Weise. Wir fordern deshalb die Regierung auf, konkrete Maßnahmen – wie von der AfD vorgeschlagen – zu ergreifen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/taktische-spielchen-von-bsw-cdu-und-spd-helfen-der-feuerwehr-nicht-weiter-afd-fordert-beschaffung-sondergeschuetzter-fahrzeuge/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.5.2026

Trotz angedrohter Bußgelder: 28 Prozent beantworten Wehrdienst-Fragebogen nicht – Warum wohl?

Dieser Widerstand der jungen Deutschen gegen die neue „freiwillige“ Wehrpflicht überrascht in seiner Deutlichkeit: 28 Prozent der 18-jährigen Männer haben ihren Wehrdienst-Fragebogen NICHT ausgefüllt. Das Verteidigungsministerium droht diesen jungen Männern nun Bußgelder an, berichten mehrere Medien übereinstimmend.



Unsere Meinung: Statt die Daumenschrauben anzuziehen, sollte sich die Regierung Merz vielleicht einmal fragen, warum die Ablehnung so groß ist.

Liegt es vielleicht daran, dass die jungen Deutschen zwar bereit sind zur Landesverteidigung, aber nicht in einem Krieg gegen Russland oder für fremde Interessen verheizt werden wollen?

Liegt es vielleicht daran, dass diese jungen Deutschen von der Regierung allen Ernstes dazu aufgefordert werden, ein Land mit der Waffe zu schützen, das sie aber unter keinen Umständen lieben dürfen?

Wir sind überzeugt davon, dass sich in einem Land mit einem gesunden Patriotismus und mit einer attraktiven Bundeswehr, die sich auf die Landesverteidigung und die Abwehr illegaler Migration konzentriert, genug Freiwillige finden würden.

In diesem Sinne: Ja zur Landesverteidigung! Aber: Nein zu einem Krieg gegen Russland und irgendwelchen militärischen „Abenteuern“ als Teil einer Weltpolizei, die in den letzten Jahrzehnten mehr Schaden als Nutzen angerichtet hat!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/trotz-angedrohter-bussgelder-28-prozent-beantworten-wehrdienst-fragebogen-nicht-warum-wohl/>

AfD-Gesetzentwurf: Investitionen in Krankenhäuser verdoppeln!

Das Erzgebirgsklinikum und die Deutsche Krankenhausgesellschaft beklagen aktuell, dass die Krankenhäuser kaputtgespart werden. Sollten die Kürzungen von CDU-[Gesundheitsministerin](#) Nina Warken Realität werden, bestehe für jedes zweite Krankenhaus ein „hohes Insolvenzrisiko“, führt die „Freie Presse“ in diesem Zusammenhang aus.

Um der Finanzmisere entgegenzuwirken, hat die AfD-Fraktion eine Änderung des Sächsischen Krankenhausgesetzes erarbeitet ([Drs. 8/6537](#)). Der Gesetzentwurf wird am Mittwoch, den 13. Mai 2026, im Landtag vorgestellt (Erste Lesung).

Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Katja Dietz:

„In den zurückliegenden Haushaltsverhandlungen haben CDU und SPD die Investitionen in die Krankenhäuser jedes Mal niedriger angesetzt, als von Experten empfohlen. Dadurch hat sich allein in Sachsen ein Investitionsstau von rund 700 Millionen Euro gebildet.

1972 betrug die Investitionsquote der Bundesländer für die Krankenhäuser noch 25 Prozent. Inzwischen ist sie auf drei Prozent abgesackt. Unser Gesetzentwurf sieht vor, sie auf sechs Prozent zu verdoppeln.

Wir wollen die jährliche Förderung je Planbett von 2.000 auf 4.000 Euro anheben. Zudem wollen wir gesetzlich regeln, dass jeder Bürger innerhalb einer bestimmten Zeit ein Krankenhaus mit Notfallversorgung erreichen kann.

Wenn die Regierung jedes zweite Krankenhaus in die Insolvenz treibt, würde das Anfahrtswege von weit über einer Stunde bedeuten. Das dürfen wir nicht zulassen, weil das die Attraktivität unserer ländlichen Regionen schwer beschädigen würde.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-gesetzentwurf-investitionen-in-krankenhaeuser-verdoppeln/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.5.2026

Im Gegensatz zu Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern begünstigt Sachsen Windradwildwuchs!

Allein in Südwestsachsen sind 127 Flächen für neue Windräder vorgesehen. Dagegen regt sich erheblicher Widerstand. Selbst dem Planungsverband ist das laut der „Freien Presse“ bewusst: „Es werden keine konfliktfreien Flächen in Sachsen zu finden sein.“

Dazu erklärt der regionalpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Thomas Thumm:



KEINE Windräder

im Wald und
vor der Haustür!



**WILDWUCHS
STOPPEN!**



„Im Februar hat die SPD-CDU-Regierung in Brandenburg den unkontrollierten Ausbau der Windkraft mit einem Moratorium gestoppt. Zwar ist das nicht weitreichend genug, aber immerhin ein Anfang.

Beachtlich ist zudem eine Initiative aus Mecklenburg-Vorpommern (Bundesratsdrucksache 319/25) gegen den Wildwuchs neuer Anlagen. Die sächsische Regierung von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer hat bisher nichts dergleichen unternommen, obwohl in Sachsen der Widerstand der Bürger und der Kommunen besonders ausgeprägt ist.

Heute tagt der Bundesrat, doch leider fehlt auf der Tagesordnung ein Antrag der sächsischen Regierung gegen den Windradwildwuchs.

Dazu hatten wir die Regierung im März ausdrücklich aufgefordert (8/6489).

Für die AfD ist klar: In sächsischen Wäldern dürfen keine Windräder gebaut werden! Ebenso dürfen keine Windräder in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern gebaut werden! Wir setzen uns für einen strikten Mindestabstand von 1.000 Metern ab dem ersten Haus ein.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/im-gegensatz-zu-brandenburg-und-mecklenburg-vorpommern-begünstigt-sachsen-windradwildwuchs/>

Nordafrikanische Messermänner wegsperren und abschieben!

Laut Polizeibericht haben drei Nordafrikaner in Dresden einen 34-jährigen Mann mit einem Messer bedroht und danach ausgeraubt. 100 Euro konnten die Tatverdächtigen erbeuten. Es handelt sich um zwei Libyer und einen Tunesier.

In Sachsen steigt die Messergewalt von Jahr zu Jahr rapide an. Im zweiten Halbjahr 2024 gab es 968 entsprechende Straftaten. Im ersten Halbjahr 2025 waren es 1.072 und im zweiten Halbjahr 2025 kam es dann schon zu 1.277 Messerattacken. Der Ausländeranteil liegt bei 38 Prozent. Besondere Probleme bereiten seit Jahren nordafrikanische Asylbewerber.

Die AfD-Fraktion fordert deshalb härtere Strafen für Messergewalt ([Drs. 8/5618](#)). Die CDU lehnte das im letzten Plenum allerdings ab.

Wir bleiben trotzdem bei unserer Meinung: Messerangriffe können tödlich ausgehen. Bewährungsstrafen sind daher nicht mehr angemessen. Wer mit einem Messer angreift, stellt eine erhebliche Gefahr dar und gehört deshalb – in aller Regel – ins Gefängnis.

Bei ausländischen Tätern müssen Messerstrafaten zudem zwingend zur zügigen Abschiebung führen!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/nordafrikanische-messermaenner-wegsperren-und-abschieben/>





Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag


PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. 

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Merz-Energieprämie kommt nicht!

Der Bundesrat steht vor der Ablehnung der von Friedrich Merz verteidigten 1000-Euro-Entlastungsprämie — die nächste krachende Niederlage für den Kanzler. Selbst Merz musste vor der Industrie- und Handelskammer kleinlaut einräumen, eine Zustimmung sei „keineswegs sicher“. Bayerns Vize-Ministerpräsident Hubert Aiwanger hat eine Zustimmung längst ausgeschlossen. Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft schickte ein Protestschreiben an alle 16 Staatskanzleien: Der Mittelstand sei „nicht der Zahlmeister für substanzlose Versprechen“.

Die Konstruktion ist absurd. Die Bundesregierung Merz verursacht durch CO₂-Steuer, Energiepreise und Bürokratie immer neue Belastungen, und die Rechnung sollen am Ende die Arbeitgeber bezahlen. Über die Hälfte der Unternehmen hat bereits angekündigt, die Prämie gar nicht erst auszuzahlen. Dazu kommt der durchsichtige Trick bei der Gegenfinanzierung: Die Tabaksteuer fließt in den Bund, die ausgefallenen Gewerbesteuern tragen Länder und Kommunen.

Echte Entlastung sieht anders aus — und kommt nur von einer Partei. Allein die AfD fordert die sofortige Streichung der CO₂-Steuer, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie und Lebensmittel sowie ein Ende der EU-Energiesteuern. Dieses Land braucht keine Schnellschüsse aus der Villa Borsig, sondern strukturelle Entlastung — für Bürger und Betriebe gleichermaßen. Das bekommen Sie nur mit der AfD.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1494051385423838&set=a.797289411766709>

Vertrauensverlust bei Merz und der Regierung: Mehrheit der Deutschen fordert Neuwahlen!

Eine aktuelle Umfrage des Instituts Insa liefert ein deutliches Stimmungsbild für die politische Lage in Deutschland. Insgesamt 59 Prozent der Bürger fordern Neuwahlen und wünschen sich damit eine vorzeitige Auflösung des Bundestages. Besonders ausgeprägt ist dieser Wunsch bei Wählern der AfD mit 90 Prozent sowie bei Anhängern des Bündnisses Sahra Wagenknecht, von denen 69 Prozent für eine Neuwahl stimmen. Auch innerhalb der FDP-Wählerschaft befürworten 57 Prozent diesen Schritt, während die Anhänger der Union als einzige Gruppe mit 51 Prozent mehrheitlich an der aktuellen Parlamentszusammensetzung festhalten wollen.



Diese Zahlen verdeutlichen die wachsende Distanz zwischen der Bevölkerung und der aktuellen Regierungskoalition aus CDU und SPD. Die Unzufriedenheit speist sich nicht nur aus den politischen Ergebnissen, sondern auch aus der Wahrnehmung eines Kanzlers Merz, der sich

angesichts berechtigter Kritik in sozialen Medien in einer Opferrolle sieht. Fast zwei Drittel der Befragten halten die Kritik an Merz für absolut gerechtfertigt und im demokratischen Diskurs angemessen. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung ist bei einer breiten Mehrheit der Bürger längst erodiert.

Deutschland braucht einen echten politischen Neuanfang statt einer bloßen Fortsetzung des gegenwärtigen Stillstands. Die AfD fordert daher die sofortige Auflösung des Bundestages, um den Wählern die Entscheidung über die künftige Ausrichtung des Landes zurückzugeben. Nur durch Neuwahlen kann der Wille des Volkes wieder zur Grundlage staatlichen Handelns werden. Es ist Zeit für eine Politik, die sich wieder an den Interessen der Bürger orientiert und die Verantwortung für Deutschland übernimmt.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1492473905581586&set=a.797289411766709>



Die CDU erpresst die Wähler!

Reiner Haseloff (CDU) zieht im Spiegel-Interview mit Bodo Ramelow blank. Sollte die AfD in einem Bundesland eine absolute Mehrheit erringen, würden „etwa Abiturzeugnisse und andere Qualifikationen aus einem solchen Bundesland von Hochschulen anderswo nicht mehr wie selbstverständlich akzeptiert“. Belege liefert der frühere Ministerpräsident keine. Auch der Austausch der Sicherheitsbehörden sowie Transfergelder von EU, Bund und Länderfinanzausgleich seien dann „in Gefahr“. Bereits im November sprach SPD-Innenpolitiker Sebastian Fiedler im Falle eines AfD-Wahlsieges von „Feindesland“ und drohte als Beamter mit der „Löschtaaste“ bei sensiblen Daten.

Was hier passiert, ist die offene Bedrohung von Wählern durch eine etablierte Partei. Schüler in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern sollen zittern, Eltern verunsichert werden, ganze Regionen sollen mit dem Entzug von Geldern und Sicherheitskooperation erpresst werden. Wer demokratisch anders abstimmt als Haseloff es wünscht, soll bestraft werden. Das ist kein Schutz der Demokratie, das ist ihre Aushöhlung von oben.

Genau dieses Verhalten treibt der CDU die letzten Wähler weg. Die Bürger durchschauen das Spiel längst, die AfD steht bundesweit klar als stärkste Kraft in den Umfragen. Statt Drohkulissen aufzubauen, müsste die CDU endlich die Probleme im Land anpacken: Migration, Wirtschaftskrise, marode Sozialsysteme. Wer Wähler einschüchtert, gehört abgewählt.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1491910922304551&set=a.797289411766709>

Deutsches Kraftwerk verschenkt: Merz gefährdet Versorgungssicherheit!

Das Kabinett Merz (CDU) hat beschlossen, der Ukraine ein deutsches Kraftwerk als humanitäre Hilfe zu überlassen. Während die heimische Wirtschaft unter den Folgen der zerstörten Nord Stream 2 Pipeline leidet und Unternehmen mit massiv steigenden Energiekosten kämpfen, verschenkt die Bundesregierung dringend benötigte Infrastruktur ins Ausland. Anstatt die eigene Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt zu stellen, wird hier ein wertvolles Kraftwerk abgegeben, das zur Stabilisierung der deutschen Strompreise beitragen könnte.



Die Entscheidung verdeutlicht die Prioritäten der aktuellen Regierung unter Merz und Klingbeil, die den Wiederaufbau fremder Staaten über die Interessen der eigenen Bevölkerung stellt. Deutschland befindet sich nach dem Ausfall der günstigen Gasimporte in einer prekären Lage, in der jede Megawattstunde Kapazität für die Aufrechterhaltung der industriellen Basis entscheidend ist. Die Abgabe deutscher Kraftwerkskapazitäten verschärft den ohnehin bestehenden Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland erheblich.

Es ist Zeit für eine Politik, die Deutschland an die erste Stelle setzt. Reparationszahlungen müssen gefordert werden, anstatt deutsche Werte an die Ukraine zu verschenken. Wir fordern einen sofortigen Stopp derartigen Ressourcenabflusses und eine Rückbesinnung auf die Sicherung der heimischen Energieversorgung. Wohlstand und Versorgungssicherheit müssen für diese Bundesregierung wieder das oberste Gebot politischen Handelns sein.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1491714758990834&set=a.797289411766709>



CDU-Tankrabatt verpufft: Echte Entlastung nur mit uns!

Trotz einer Energiesteuersenkung von knapp 17 Cent pro Liter bleibt der erhoffte Entlastungseffekt an den Zapfsäulen aus. Der ADAC bestätigt, dass die Benzinpreise trotz sinkender Rohölkosten tendenziell wieder steigen. Während am ersten Tag der Steuersenkung ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war, nähert sich der Preisunterschied zum Stand vor der Maßnahme bereits wieder an. Die Mineralölwirtschaft verweist auf Weltmarktpreise, während das Bundeskartellamt die Konzerne als Treuhänder der Entlastung in die Pflicht nimmt.

Die Bürger zahlen erneut die Zeche für ein System, das bei den Mineralölkonzernen statt bei den Verbrauchern ansetzt. Die täglichen Preissprünge um die Mittagszeit entlarven die Willkür bei der Preisgestaltung, die den Autofahrer systematisch ausnimmt. Während sich Politik und Konzerne gegenseitig die Verantwortung zuschieben, schwindet die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung weiter. Die Rekordpreise des Aprils sind kein Einzelfall, sondern das Resultat einer ideologisch geprägten Energiepolitik, die Mobilität zunehmend zum Luxusgut degradiert.

Diese Fehlentwicklung erfordert ein sofortiges politisches Umsteuern. Die CO₂-Steuer gehört

ersatzlos gestrichen, um den künstlich erzeugten Kostendruck dauerhaft zu senken. Zudem muss die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe massiv reduziert und die EU-Energiesteuer auf das absolute Minimum gesenkt werden. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben, anstatt sie durch bürokratische Umverteilungsmechanismen zu zerstören.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1491188249043485&set=a.797289411766709>

Vollversorgung stoppen: Remigration statt Bürgergeld!

Aktuelle Daten belegen einen neuen Höchststand bei den Bürgergeldbezügen, wobei mittlerweile die Hälfte aller Empfänger keinen deutschen Pass besitzt. Diese Entwicklung belastet die Sozialkassen in einem Ausmaß, das die finanzielle Stabilität der hart arbeitenden Bevölkerung ernsthaft gefährdet. Während die Kosten für das Sozialsystem durch die massive Zuwanderung explodieren, bleibt eine wirksame Begrenzung der Leistungsbezieher auf jene, die tatsächlich bedürftig und zugehörig sind, aus.

Die Verteilung der Steuergelder an Menschen ohne Bleibeperspektive oder Leistungsanspruch im Sinne der sozialen Sicherung fördert zudem die Attraktivität Deutschlands als Zielland für ungesteuerte Migration. Dieser Zustand zementiert die Fehlsteuerung der letzten Jahre und entzieht denjenigen Ressourcen, die das System durch ihre Erwerbsarbeit finanzieren. Die Belastung für den deutschen Arbeitsmarkt und die öffentlichen Haushalte ist eine unmittelbare Folge der bisherigen verfehlten Migrationspolitik, die konsequente Steuerung vermissen lässt.



Eine grundlegende Umkehr ist für die Bewahrung des Sozialstaates unverzichtbar. Nichtdeutsche Leistungsbezieher müssen konsequent aus dem Bürgergeldbezug genommen werden, um Fehlanreize zu beseitigen. Statt fortlaufender Alimentierung aus dem Steuersäckel braucht es eine klare Trennung zwischen Einwanderung in den Arbeitsmarkt und dem Schutz der heimischen Sozialsysteme für die eigene Bevölkerung.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1490957695733207&set=a.797289411766709>



Rückführung jetzt – ohne Ausreden!

Laut Berechnungen des UNHCR sind seit dem Sturz des Assad-Regimes rund 1,6 Millionen syrische Kriegsflüchtlinge in ihre Heimat zurückgekehrt. Aus Deutschland waren es bis heute lediglich etwa 4.000. Während der Kanzlerschaft Merkels kam etwa eine Million Syrer ins Land, rund 300.000 davon sind inzwischen eingebürgert. Wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der Welt am Sonntag mitteilte, sehe man von Widerrufsprüfungen im großen Stil ab, weil die „wirtschaftliche und humanitäre Lage in Syrien weiterhin desolat“ sei. Geprüft werde nur anlassbezogen, etwa bei schweren Straftaten.

Asylrechtsprofessor Daniel Thym von der Universität Konstanz stellt klar: Die Lageeinschätzung des Auswärtigen Amtes würde Widerrufsprüfungen rechtlich längst



zulassen. Stattdessen geht Deutschland erneut einen verhängnisvollen Sonderweg, während andere europäische Staaten konsequent zurückführen. SPD-Abgeordneter Sebastian Fiedler räumt sogar offen ein, niemand glaube an eine Rückkehrpflicht für Hunderttausende. Das Sozialsystem zahlt die Zeche, die innere Sicherheit leidet, und das Vertrauen in den Rechtsstaat erodiert weiter.

Eine echte Rückführungsoffensive ist überfällig. Wenn Assad weg ist und 1,6 Millionen Syrer freiwillig heimkehren, gibt es keinen Grund mehr, hier subsidiären Schutz aufrechtzuerhalten. Das BAMF muss flächendeckende Widerrufsprüfungen einleiten, Verwaltungsgerichte personell aufstocken und Abschiebungen konsequent vollziehen. Nur so entlasten wir das Sozialsystem und stellen die innere Sicherheit wieder her.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1490299242465719&set=a.797289411766709>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Lianas Mörder freigesprochen – Mutter zeigt sich „schockiert“

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/lianas-moerder-freigesprochen-iraker-muss-nicht-ins-gefaengnis/>

Haben Sie Björn Höcke zu unkritisch befragt, Herr Berndt?

<https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2026/waere-alles-in-ordnung-wuerden-wir-nicht-ueber-hoecke-diskutieren/>

Saskia Esken verlangt Werbeboykott von „Ben ungeskriptet“

<https://jungefreiheit.de/kultur/medien/2026/saskia-esken-verlangt-werbeboykott-von-ben-ungeskriptet/>

JF-Exklusiv: Jetzt antwortet „Ben ungeskriptet“ auf Saskia Eskens Boykottaufruf

<https://jungefreiheit.de/kultur/medien/2026/jetzt-antwortet-ben-ungeskriptet-auf-saskia-eskens-boykottaufruf/>

AfD in Sachsen-Anhalt kurz vor absoluter Mehrheit: Ohne Brandmauer-Ende gehen die Optionen aus

<https://apollo-news.net/afd-in-sachsen-anhalt-kurz-vor-absoluter-mehrheit-ohne-brandmauer-ende-gehen-der-cdu-die-optionen-aus/>

Verzweiflungstat im Wahlkampf: CDU-Ministerpräsident Schulze warnt vor „Schulsterben“ nach einem AfD-Sieg

<https://apollo-news.net/verzweiflungstat-im-wahlkampf-cdu-ministerpraesident-schulze-warnt-vor-schulsterben-im-fall-eines-afd-siegs/>



Video-Empfehlungen

DAS VIDEO DES JAHRES: Ich habe mich getraut, Björn Höcke einzuladen

<https://www.youtube.com/watch?v=VO3QuFZ5rFg>

Frei.Wild [INSIDE] - Folge 1 - Zwischen Recht und Realität, Burger & Ostermann im Klartext

<https://www.youtube.com/watch?v=Y66OXyd1pQc>

Bärbel Bas: Es wandert niemand in unsere Sozialsysteme ein!

<https://www.facebook.com/reel/1415997780297456>

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>



Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

instagram.com/doreenschwietzer_afd

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz

www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz

t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/

www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/

www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda

www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219



AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

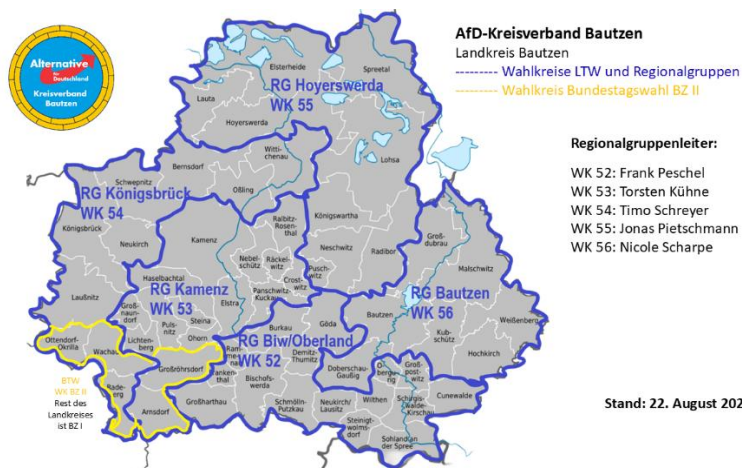
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen